

## **Resolution des StadtschülerInnenRats zur „Unterrichtsgarantie +“**

Die katastrophale Bildungspolitik der hessischen Landesregierung lässt uns keine andere Möglichkeit, als immer wieder dagegen vorzugehen. Auch wenn die CDU-Regierung schon bekundet hat, dass sie die wichtigsten Handlungen in diesem demokratischen Land, nämlich die öffentliche Meinungsäußerung, der Diskurs und die Proteste, nicht im geringsten interessieren, wählen wir den öffentlichen und friedlichen Protest, den auch die hessischen Studierenden gewählt haben (Udo Corts: „Am Ende wird das Parlament entscheiden und nicht die Straße“ [1]). Außerdem haben wir uns für diesen Weg der öffentlichen und freien Meinungsäußerung entschieden, da dieser in den schweren Tagen der Roland-Koch-Regierung nicht nur ignoriert, sondern auch eingegrenzt wird. Karin Wolff verbietet den SchulleiterInnen per Erlass die Meinungsäußerung gegen „Unterrichtsgarantie +“. Sollte es trotzdem vorkommen, werden die „Störenfriede“ für eine begrenzte Zeit ins Schulamt abgeordnet und durch Beamte ersetzt [2]. In einem demokratischen Rechtsstaat müsste ein solches Vorgehen eigentlich eine Unmöglichkeit sein!

Wir möchten uns, bevor wir unsere Kritik an „Unterrichtsgarantie +“ vortragen, für eine generelle Unterrichtsgarantie aussprechen. Doch aus folgenden Gründen fordern wir die hessische Landesregierung auf, das Konzept der Mogelpackung „Unterrichtsgarantie +“ radikal zu überarbeiten oder abzuschaffen.

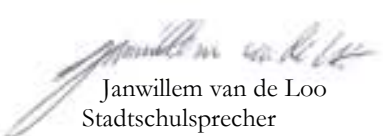
In Zeiten zentraler Prüfungen wie den Vergleichsarbeiten oder dem Zentralabitur, in denen die Individualität der SchülerInnen und LehrerInnen keine Rolle mehr spielen soll, kann es nicht angehen, dass SchülerInnen schlechter unterrichtet werden, nur weil ihre Lehrkraft verhindert ist und durch eine unqualifizierte Hilfskraft ersetzt wird. Die hessische Landesregierung hätte die Möglichkeit, jede/n Schüler/in durch voll ausgebildete Lehrkräfte möglichst gleichwertig unterrichten zu lassen, wenn sie nicht in der gleichen Amtshandlung unsere Steuergelder für eine uninformativ Werbungskampagne für ihre schlechte Bildungspolitik ausgeben würde. Da aber die CDU kein Geld für qualifizierte Lehrkräfte ausgeben will, wird im Falle von Unterrichtsausfall die finanzielle Lage der Eltern für die Bildung ihrer Kinder immer entscheidender. Dies verurteilen wir als extrem unsozial.

Außerdem müssen die Personalräte zusammen mit der Schulleitung die BewerberInnen, die noch nicht einmal ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müssen, auswählen. Dabei kommt es durch allgemeinen Zeitmangel jedoch oft zu einer nicht fundierten Überprüfung der BewerberInnen. Daraus resultiert, dass unqualifizierte BewerberInnen an die Schulen gelangen können und dort durch mangelnde Kompetenz den Status der Lehrkräfte abwerten. Durch dieses Vorgehen der Landesregierung wird die Unterrichtssituation nur noch verschlimmert.

Wir fordern deshalb die Abschaffung der Beschäftigungsmaßnahme „Unterrichtsgarantie +“. Weiterhin fordern wir die Einführung einer Unterrichtsgarantie, die für alle SchülerInnen aller Klassenstufen Unterricht von fachlich und pädagogisch ausgebildeten LehrerInnen garantiert.

Diese Resolution wurde bei einer Vollversammlung aller Frankfurter Schülerrat Delegierten am 22.11.06 einstimmig angenommen.

Mit freundlichen Grüßen



Janwillem van de Loo  
Stadtschulsprecher

[1] Udo Corts in „Kick it like Frankreich – Protest der Studenten“ von Martin Kessler

[2] Frankfurter Rundschau vom 17. Juni 2006